

1. Grundidee: Demokratie

Demokratie bedeutet: Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus.

Zentrale Merkmale

- freie, gleiche, geheime und allgemeine Wahlen
- Volkssouveränität
- Regierung basiert auf Zustimmung der Mehrheit
- Schutz der individuellen Freiheit
- Gewaltenteilung
- Rechtsstaatlichkeit
- Meinungsfreiheit
- Pluralismus (Vielfalt von Parteien und Interessen)
- Garantie von Menschen- und Bürgerrechten

Kernidee:

Demokratie verbindet **Mehrheitsentscheidungen** mit **Schutz von Minderheiten und Individuen**.

2. Demokratische Regierungssysteme

Republik

- Volk ist höchste Gewalt und Quelle aller staatlichen Legitimität

a) Parlamentarisches Regierungssystem

- Regierung wird durch Parlamentsmehrheit gebildet
- Regierung ist dem Parlament verantwortlich
- Parlament kann Regierung abwählen
- Typisch: klare Trennung Regierung ↔ Opposition

Beispiel: Deutschland

b) Präsidiales Regierungssystem

- Präsident und Parlament getrennt vom Volk gewählt
- Präsident ist unabhängig vom Parlament
- Strikte Gewaltenteilung
- Präsident kann Parlament nicht auflösen
- Parlament kann Präsident nicht politisch absetzen

Beispiel: USA

Merksatz:

Deutschland = **parlamentarische Republik**

3. Demokratische und autoritäre Systeme

Demokratische Systeme

- echter Parteienwettbewerb
- freie Wahlen
- Grund- und Menschenrechte
- Gewaltenteilung
- freie Medien

Autoritäre Systeme

- eingeschränkte oder manipulierte Wahlen
- Machtkonzentration
- eingeschränkte Rechte
- kontrollierte Medien
- geringe Beteiligungsmöglichkeiten

Unterschied:

In Demokratien entsteht Macht **von unten** – in autoritären Systemen **von oben**.

4. Strukturprinzipien des Grundgesetzes

Artikel 20 GG – Staatsstrukturprinzipien

1. **Demokratie** – alle Staatsgewalt vom Volk
2. **Rechtsstaat** – Staat ist an Recht und Gesetz gebunden
3. **Bundesstaat** – Machtverteilung zwischen Bund und Ländern
4. **Sozialstaat** – Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit
5. **Republik** – kein Monarch

Weitere Grundprinzipien:

- Gewaltenteilung
- Schutz der Grundrechte
- Menschenwürde (Art. 1 GG)

Ewigkeitsklausel:

Diese Grundprinzipien dürfen nicht abgeschafft werden.

5. Politische Partizipation

Ziel: Bürgerinnen und Bürger nehmen Einfluss auf Politik.

Formelle Beteiligung

- Bundestagswahlen
- Landtagswahlen
- Kommunalwahlen
- Volksentscheide
- Petitionen
- Parteimitgliedschaft

Informelle Beteiligung

- Demonstrationen
- Bürgerinitiativen
- Engagement in Verbänden
- Medienbeiträge
- Online-Aktivismus

Trend:

Politische Beteiligung geht heute weit über Wahlen hinaus.

6. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Beteiligung

Wichtige Artikel im Grundgesetz:

- Art. 5 – Meinungs- und Pressefreiheit
- Art. 8 – Versammlungsfreiheit
- Art. 9 – Vereinigungsfreiheit
- Art. 17 – Petitionsrecht
- Art. 20 – Volkssouveränität
- Art. 21 – Politische Parteien
- Art. 28 – Wahlen in Ländern und Kommunen
- Art. 38 – Bundestagswahlen

Ergebnis:

Demokratie ist rechtlich abgesichert und einklagbar.

7. Politische Parteien

Funktionen

- Personalrekrutierung (Kandidaten für Ämter)
- Interessenaggregation
- Programmentwicklung
- Beteiligung der Bürger ermöglichen
- Legitimation des politischen Systems

Rolle im System

- Vermittler zwischen Volk und Staat
- Verbindung zu Medien und Verbänden

Verfassungsstatus

- Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit
- müssen demokratisch organisiert sein
- müssen transparent finanziert sein

Merksatz:

Parteien sind **notwendige Institutionen** der Demokratie in Deutschland.

8. Parteiensystem und Ideologische Dimensionen

Parteien lassen sich einordnen nach:

a) Links – Rechts

- links: Gleichheit, soziale Gerechtigkeit
- rechts: Leistungsprinzip, Hierarchie, Marktliberalismus

b) Libertär – Autoritär

- libertär: individuelle Freiheit, Selbstbestimmung
- autoritär: Ordnung, Sicherheit, Tradition

Wichtig:

Moderne Politik funktioniert in **mehrdimensionalen Konfliktlinien**.

9. Wahlsysteme

Mehrheitswahl

- Kandidat mit meisten Stimmen gewinnt
- fördert Zwei-Parteien-Systeme

- stabile Einparteienregierungen
- klare Verantwortlichkeit

Verhältniswahl

- Sitzverteilung entspricht Stimmenanteil
- fördert Mehrparteiensystem
- Koalitionsregierungen üblich
- breitere Repräsentation

Deutsches Mischsystem

- Erststimme: Wahlkreisabgeordneter
- Zweitstimme: bestimmt Sitzverteilung der Parteien
- Bundestag grundsätzlich 598 Sitze
- Überhang- und Ausgleichsmandate möglich

Merksatz:

Die **Zweitstimme** ist entscheidend für die Machtverteilung.

10. Interessengruppen und Verbände

Funktionen

- vertreten gesellschaftliche Interessen
- liefern Fachwissen
- beeinflussen politische Entscheidungen
- ermöglichen Beteiligung außerhalb von Parteien

Probleme und Kontroversen

- Lobbyismus
- ungleiche Einflusschancen durch Ressourcen
- Machtverschiebung zur Exekutive
- wachsender Einfluss auf EU-Ebene

Kritischer Punkt:

Interessenvertretung ist notwendig – kann aber demokratische Gleichheit gefährden.

11. Medien in der Demokratie

Funktionen

- Information der Öffentlichkeit

- Meinungsbildung
- Kontrolle politischer Macht
- Plattform für gesellschaftliche Debatte

Aktuelle Herausforderungen

- Social Media Dynamiken
- Fake News
- Populistische Zuspitzung
- „Mediokratie“: Politik folgt Medienlogik
- wechselseitige Abhängigkeit von Politik und Medien

Kernaussage:

Ohne freie Medien keine funktionierende Demokratie – aber digitale Medien verändern politische Prozesse.

12. Gesamtzusammenhang des politischen Systems

Bürger → Wahlen → Parlament → Regierung → politische Entscheidungen

Rückkopplung durch:

- Medien
- Verbände
- Parteien
- Gerichte
- öffentliche Debatte
- neue Wahlen

Ergebnis:

Ein dauerhaftes System gegenseitiger Kontrolle und Legitimation.

13. Zentrale Prüfungsbegriffe

- Demokratie
- Volkssouveränität
- Gewaltenteilung
- Rechtsstaat
- Sozialstaat
- Parlamentarismus
- Parteienfunktion

- Wahlsysteme
- Verhältniswahl
- Lobbyismus
- Medienmacht
- Grundrechte